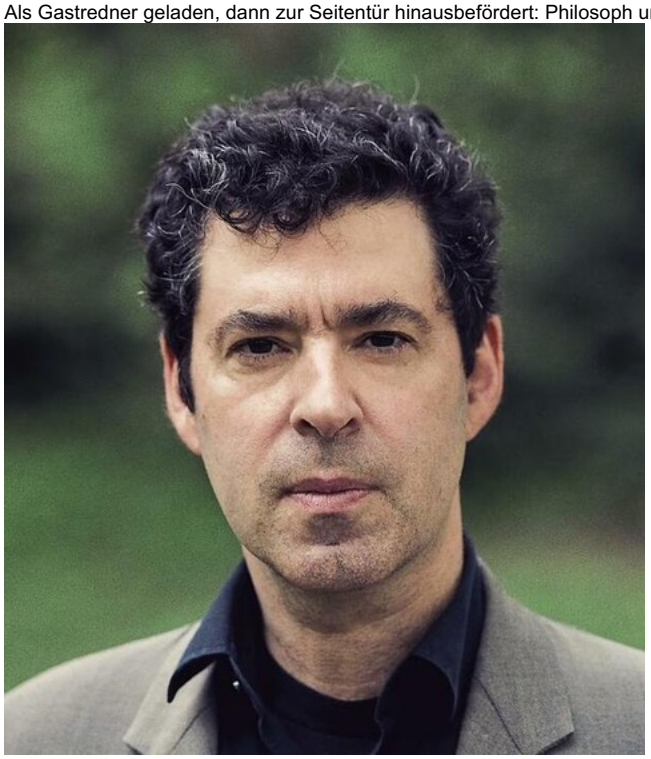
Zum Schweigen gebracht

In der Westend-Synagoge in Frankfurt kommt es bei einer Rede des Faschismus-Experten Jason Stanley zum Eklat. Von Michael Hesse

Als Gastredner geladen, dann zur Seitentür hinausbefördert: Philosoph und Antisemitismus-Forscher Jason Stanley. © Edwin Tse



Es ist ein beispielloser Eklat und ein neuer Tiefpunkt in der Diskussion über Israel und Antisemitismus in Deutschland: Der Faschismus-Theoretiker Jason Stanley hat am 9. November eine Rede in der Westend-Synagoge in Frankfurt gehalten. Seine Aussagen über Israel und Gaza sowie zum Diskursklima in Deutschland passten offenbar Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Frankfurt nicht, weshalb man ihn während seiner Rede aus der Synagoge hinauswarf.

Auf ihrer Homepage hatte die Gemeinde den Auftritt das Gastredners aus den USA noch so angekündigt: „Der Sohn jüdischer Schoa-Überlebender zählt zu den weltweit einflussreichsten Intellektuellen im Bereich politischer Ideologien, Antisemitismus und Erinnerungskultur.“ Marc Grünbaum, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, betonte da noch: „Als Jüdische Gemeinde ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Themen sichtbar zu machen und Stimmen wie die von Stanley Raum zu geben, die sich mit großer Klarheit für Demokratie, Verantwortung und Menschlichkeit einsetzen.“ Was Stanley dann vortrug, war offenbar nicht nach dem Geschmack von Teilen des Publikums.

„Ein Teil der Anwesenden hat mich regelrecht angebrüllt“, sagt Stanley im Gespräch mit der FR zwei Tage später. Es habe Phasen gegeben, in denen nur noch geschrien worden sei. Schließlich sei ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde Frankfurt auf das Podium gekommen und habe ihn aufgefordert, abzubrechen und zu gehen. Er sei dann, so schildert er es, durch einen Seitenausgang aus dem Gebäude und direkt in sein Hotel zurück. Die Situation habe er als außerordentlich bedrohlich und verstörend erlebt – in dieser Form sei ihm so etwas noch nie passiert.

Die Gemeinde distanzierte sich am nächsten Tag offiziell von ihm. Seine Rede enthalte „relativierende Vergleiche“. Was damit gemeint sei, blieb unklar. Stanley hält dem entgegen, in der Erklärung fehle jeder konkrete Hinweis darauf, welcher Teil seiner Ausführungen angeblich verharmlosend oder sachlich falsch gewesen sei. Eingeladen worden sei er, um über seine Familiengeschichte und die Reichspogromnacht zu sprechen, erinnert er. Nun sei er ausgerechnet am Jahrestag dieser Nacht von der Bühne gebeten worden – eine Geste, die er als grob unhöflich und, angesichts des Anlasses, auch als bitter ironisch empfinde.

Stanleys Rede war kein Angriff auf Israel, keine Verteidigung der Hamas, keine politische Provokation. Sie war ein Plädoyer für die Freiheit des Denkens – und eine Reflexion über die doppelte Herkunft seiner Familie: die polnisch-jüdische Mutter, die nach dem Holocaust in Israel Schutz suchte, und den deutsch-jüdischen Vater, der jeden Staat, der Religion privilegiert, für falsch hielt. Seine Eltern, erzählt Stanley, seien in der Frage, was Israel

für Juden bedeutet, grundsätzlich unterschiedlicher Auffassung gewesen: Die Mutter habe den jüdischen Staat als Zufluchtsort erlebt, der ihr zum ersten Mal das Gefühl gegeben habe, bewaffnete Kräfte stünden auf ihrer Seite. Der Vater hingegen, ein deutsch-jüdischer Intellektueller, habe einen Staat, der eine Religion bevorzugt, immer mit Skepsis betrachtet und in der Behandlung der Palästinenser als Bürger zweiter Klasse etwas erkannt, das ihn an die eigene Familiengeschichte erinnerte. Genau solche innerjüdischen Auseinandersetzungen, so betont er, müssten möglich sein und geführt werden können.

„Auch Arendt könnte nicht reden“

Das war es wohl, was dem Frankfurter Publikum zu weit ging. Stanleys Rede erinnerte an eine Tradition, die älter ist als der Staat Israel – und heute in Deutschland zunehmend vergessen wird: die deutsch-jüdische Aufklärung. Moses Mendelssohn, Leo Baeck, Hannah Arendt – sie alle verbanden das Besondere mit dem Allgemeinen, die Erfahrung des Jüdischen mit der Idee der Menschheit. „Das Judentum“, schrieb Leo Baeck 1905, „spricht vom guten Menschen, nicht vom guten Juden.“ Religion sei nicht Bekenntnis, so Stanley, sondern Verantwortung. Aus dieser Ethik erwuchs die Überzeugung, dass kein Mensch bevorzugt werden dürfe – auch nicht die eigenen Leute.

Genau diese universalistische Haltung gilt heute in Deutschland als verdächtig, befand Stanley. Masha Gessen, jüdische Publizistin und Holocaust-Nachfahrin, sollte in Bremen den Hannah-Arendt-Preis erhalten. Die Preisverleihung wurde abgesagt, weil Gessen in einem Essay eine Analogie zwischen Gaza und dem Warschauer Ghetto gezogen hatte. Hannah Arendt selbst hätte Ähnliches geschrieben – und wohl denselben Skandal ausgelöst, vermutet der Faschismus-Experte in seiner Rede in Frankfurt.

Stanley formuliert es so: Eine Denkerin wie Hannah Arendt hätte mit ihren Texten in der aktuellen deutschen Debatte kaum noch eine Bühne, für Albert Einstein, der sich für einen binationalen Staat einsetzte, gelte das Gleiche. Die Reaktion der jüdischen Gemeinde am 9. November zeigt es allzu klar: Wer Israels Politik kritisiert, gerät rasch in den Verdacht des Antisemitismus – selbst dann, wenn er selbst jüdisch ist. Damit nehmen sich nichtjüdische Mehrheiten faktisch das Recht heraus zu definieren, wer als „richtiger Jude“ zu gelten habe. Stanley sagt, ihm sei von Kindesbeinen an vermittelt worden, genau dieses Verhalten sei antisemitisch – und besonders schwer erträglich werde es, wenn es ausgerechnet von Deutschen komme.

Neue autoritäre Empfindlichkeit

Stanley gehört zu jenen Philosophen, die Widersprüche nicht glätten, sondern aushalten. Als er die USA nach Trumps Wahlsieg verließ, warnte er vor einem Rückfall in bekannte faschistische Muster: die Konstruktion von Feindbildern, der Opfermythos, die Sehnsucht nach ethnischer Homogenität. Dieselben Mechanismen seien heute weltweit zu beobachten – auch in Deutschland.

Besorgniserregend sei, so formuliert er es, dass jüdische Stimmen offenkundig nicht mehr selbstverständlich kontrovers diskutieren könnten, ohne zum Schweigen gebracht zu werden. Zur Meinungsfreiheit gehöre, dass eine Rede überhaupt gehalten und zu Ende gebracht werden dürfe. Der Liberalismus, den Stanley verteidigt, ist nicht bequem. Er verlangt, die eigenen Ängste nicht zum moralischen Maßstab zu erheben. Er verlangt, zwischen Antisemitismus und Kritik zu unterscheiden.

„Das, was am 9 November in der Synagoge passiert ist, macht mich traurig und wütend! Jason Stanley so zu behandeln, ist einer liberalen jüdischen Gemeinde nicht würdig!“, sagte Daniel Cohn-Bendit der FR. Der Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz bezeichnete den Vorgang als „unglaublich“. Er sagte der FR: „Der Vorfall in der Frankfurter Synagoge steht nicht für sich allein. Er markiert vielmehr den vorläufigen Höhepunkt einer schleichenden Verschärfung des öffentlichen Klimas, in dem über Israel, Gaza und Antisemitismus kaum noch frei gesprochen werden kann. Immer häufiger werden Redner ausgeladen, Debatten abgebrochen, Veranstaltungen gesprengt – mit der Begründung, Kritik an der israelischen Regierung könne antisemitisch verstanden werden.“

Benz verwies im Gespräch mit der FR auf den Fall des israelischen Philosophen Omri Boehm, „der auf Betreiben des israelischen Botschafters von einem Weimarer Podium ausgeladen wurde, noch bevor er überhaupt das Wort ergriffen hatte. Die frühere Präsidentin der Freien Universität Berlin, die zum 75. Jahrestag der christlich-jüdischen Gesellschaft sprechen sollte, kündigte an, sie werde den Gaza-Krieg erwähnen. Man versicherte ihr, das sei in Ordnung. Als sie dies dann tatsächlich tat, verließen einige Funktionäre demonstrativ den Saal.“

All dies seien Symptome einer neuen, autoritären Empfindlichkeit, so Benz. „In der deutschen Debatte über Israel scheint sich ein Monopol herauszubilden: Richtig ist, was der Zentralrat, was offizielle Repräsentanten der Gemeinden für richtig erklären. Alles andere, jede Abweichung, gilt als verdächtig, als ‚Relativierung‘, als latent antisemitisch“, erklärte Benz.

„Wer in diesem Klima Differenz wagt, riskiert nicht nur Widerspruch, sondern soziale Ächtung. Viele, auch jüdische Intellektuelle, ziehen sich deshalb aus öffentlichen Debatten zurück, um nicht zum Gegenstand moralischer Verdächtigungen zu werden. Unter sich wird dann leise und mit bitterer Klarheit gesprochen – über den Krieg in Gaza, über die Eskalation, über das, was unaussprechlich scheint. Doch in der Öffentlichkeit herrscht Schweigen."

Gerade darin liege die eigentliche Gefahr. Denn wenn eine Gesellschaft abweichende Meinungen nicht mehr erträgt, wächst das Ressentiment im Verborgenen. Der alte Mechanismus, den schon Theodor W. Adorno und Gordon Allport beschrieben: Unterdrückte Gedanken verschwinden nicht, sie verwandeln sich in Abneigung – in diesem Fall in latenten Antisemitismus, genährt durch das Gefühl, man dürfe ‚über die Juden nichts sagen'".

Das sei die paradoxe Dynamik unserer Gegenwart: „Aus Angst vor Antisemitismus droht Deutschland ein Diskursklima zu entwickeln, das selbst Ressentiments befördert. Und ausgerechnet jene, die im Namen der Erinnerung reden, verengen den Raum der Rede." Der Eklat um Jason Stanley sei nur das sichtbar gewordene Symptom.

Quellenangabe: FR Deutschland vom 12.11.2025, Seite 17

Interesse an einem kostenlosen Testzugang zum ePaper? Bestellen Sie hier! Der Test endet automatisch.